

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. (Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamespalte 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Übersetzungsgebühr 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Für den Redaktionsbetrieb: 20 011.

Schreibleitung und Satzdruckerei:
Königsplatz 33/34.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellennote („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

Marimba-Bande
aus Guatemala
verlängert für Sonnabend und Sonntag

EUROPAHOF

Heute Sonnabend
Gesellschafts-Abend

Das Kabinett Marx gestürzt.

Deutschnationale Zustimmung zum Mißtrauensantrag. — Klärender Beschluß der Volkspartei. — Erfolgreicher Militärputsch in Litauen. — Beginn des Gernersheim-Prozesses. — Verlegung des Untersuchungsausschusses.

Was nun?

Endlich ist die Entscheidung gefallen: Das Kabinett Marx ist durch die Annahme des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages gestürzt worden. Dieser Ausgang wurde dadurch herbeigeführt, daß die Deutschnationalen dem Antrage zustimmten. Um die Haltung der Deutschnationalen zu verstehen, muß man bedenken, daß ihre Taktik in der letzten Zeit in gleichbedeutender Weise darauf eingestellt war, die Unmöglichkeit eines weiteren „Fortwärtens“ der Minderheitsregierung mit sozialistischer Hilfe klar und unabweisbar in der politischen Praxis zu erweisen. Deshalb zeigten sie der Regierung durch die Zustimmung zu den unumgänglichen Anträgen der Sozialdemokratie über die Erwerbslosenunterstützung, daß sie mit solchen Weggenossen unweigerlich in die Schlingen und Fallstricke der sozialistischen Agitationspolitik geraten müßte. Umgekehrt bewies sie durch ihre Haltung beim Jugendbeschäftigungsgesetz, daß positive aufbauende Arbeit nur mit der rechten zu machen ist. Da aber die Regierung durchaus nicht hören wollte, so blieb den Deutschnationalen nichts anderes übrig, als die letzte Konsequenz zu ziehen. Das haben sie gestern getan. Zunächst ist der Eindruck der Befriedigung, der die augenblickliche innerpolitische Lage nach dem Sturz des Kabinetts macht, geradezu großartig. Wie in einem wellenden Nebel wogt und flutet alles durcheinander, und das forschende Auge des überparteilichen Beobachters sucht zunächst vergeblich irgendeinen ruhenden Pol in der Ercheinungen Flucht zu entdecken. Schließlich findet man aber doch einen solchen: Die Deutsche Volkspartei hat der Deutschnationalen Volkspartei offiziell mitgeteilt, daß sie keinen anderen Ausweg aus der Krise sieht als den der Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit der rechten, und daß sie die Erörterungen mit der Linken als völlig erledigt betrachtet. Hier ist der Anker gegeben, um den sich allein nach der ganzen Lage der Verhältnisse eine dauernde Entscheidung kristallisieren kann. Das muß immer wieder und wieder gesagt und dem öffentlichen Empfinden eingebämmert werden, weil es tatsächlich keinen anderen Ausweg gibt, der zu dem aufs innigste zu wünschenden Ziele einer durch fortwährende Erfindung der Ercheinungen nicht mehr gestörten Regierung- und Parlamentsarbeit zu führen vermag. Es ist bedauerlich, daß man für eine politische Gruppierung, die nach dieser Richtung alle wünschenswerten Bürgschaften gibt, den Namen „Bürgerblock“ geprägt hat. Die Linke hat sich sofort auf diesen Ausdruck mit aller agitatorischen Leidenschaft gestürzt und ihm die gebührende Ausdeutung geben, daß es sich dabei um einen einseitigen „Bürgerblock“ handle, um eine Einheitsfront der Besitzenden, vor allem der industriellen Unternehmer gegen die Arbeiterschaft. Auch Dr. Wirth hat es nicht verschmäht, in seiner jüngsten Reichstagsrede mit diesem durchsichtigen Titel parteipolitischen Sdäum zu schlagen und seinem Parteigenossen Dr. Marx eine lausliche Frage zu stellen, weil er den von der Rechten erhobenen „Bürgerblock“ nicht scharf genug abgelehnt habe. Solche falsche Begriffe dürfen sich nicht festsetzen. Es kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß auf irgendeiner bürgerlichen Seite die aller politischen Vernunft und Tugend sprechende Lösung besteht, einen Gegenstand zur Arbeiterschaft zu schaffen; die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie ihn hervorruft durch ihr Bekenntnis zum Klassenkampf. Was aber eine vaterländische Anschauung unter einer Rechtswendung versteht, das schließt jeden einzelnen ehrlich staatsbewußten Staatsbürger ohne Unterschied der Partei, des Ranges, Standes und Berufes ein und selbstverständlich auch ohne irgendwelche Berücksichtigung des jeweiligen Vermögens im Geldbeutel. Die Scheidelinie verläuft nicht zwischen Bürger und Arbeiter, sondern zwischen dem Teil unserer Bevölkerung, der eine entschiedene und zielbewußte antisozialistische Politik will, und dem anderen Teile, der mittelbar oder unmittelbar sozialistisch orientiert ist. Auf der einen Seite stehen also alle die Schichten, einschließlich der Arbeiterschaft, die den gegenwärtigen Staat auf autoritativer und zweifellos im Sinne bürgerlich gefasster, auf der anderen Seite die zwischen Nationalismus und Internationalismus hin und her schwankenden, den jetzigen Staat nur als Übergang zum zukunftsstaat betrachtenden Sozialisten mit ihren bürgerlichen Mitteln. So und nicht anders ist das gemeint, was man öfters mit dem irreführenden Worte „Bürgerblock“ bezeichnet hat. Ein Unterschied zwischen Bürger und Arbeiter gibt es im heutigen Staat nicht und darf es nicht geben. Reichsblock und Bürgerblock sind die zutreffenden Begriffe.

Völlig verplex sind in der augenblicklichen Lage die Demokraten. Sie wissen offenbar gar nicht mehr, wie sich verhalten sollen, um noch eine letzte beschiedene Existenzmöglichkeit für sich heranzubekämpfen, nachdem sie ihre besten Männer, Dr. Wegner, Dr. Rühl und Dr. Reinhold als „reaktionäre Scheusalat“ in die Wollschlucht geworfen haben. Ihre Presse ist wütend über Scheidemann, dem beiseitegesetzt wird, daß er durch seine Ausfälle gegen die Reichswehr die letzte Möglichkeit zur Bildung der Großen Koalition, die Herr Scholz noch übrig ließ, beseitigt habe. Davon abgesehen, haben aber die Demokraten an der Aktion gegen die Reichswehr selbst gar nichts auszuwickeln. Wie die Beisteherverfassung dieser Kreise gegenüber unserer Wehrmacht beschaffen ist, erhebt aus einer Betrachtung der „Völkischen Zeitung“, die mit erstaunlicher Offenheit jeden Schleiher von den letzten Absichten dresdener Scheidemann zieht. Im Mittelpunkt des Programms steht die hahnhehrende Forderung, daß der Nachwuchs der Mannschaften und Offiziere im Sinne der völkischen Vorschläge umgestaltet und der jährliche Ertrag durch einen für jeden Wehrkreis aus Vertretern der Verfassungskomitee gebildeten Ausschuss aus den Anwärtern auszuwählen sei. „Verfassungskomitee“ sind im radikalen Sinne Sozialdemokraten, Demokraten und linke Zentrumsleute. Man kann sich also vorstellen, was für ein parteipolitisches Sammelkartell sich in der Reichswehr vereinigen würde, wenn derartige Pläne verwirklicht würden. Es läuft einem eine Gänsehaut über den Rücken, wenn man sich eine so verächtlich-bannernde Reichswehr im Geiste ausmalen kann. Damit die Herren völlig freie Hand haben, wollen sie sich auch der lästigen Beziehungen der Reichswehr zu den Kriegervereinen entledigen; diese sollen in Acht und Bann getan werden. Solange sie den ungeschwehlichen Bonifatius des Reichsbanners fortführen“. Infolge der neuen Rekrutierung würde dann die Reichswehr, wenn es nach dem Wunsch und Willen ihrer radikalen Feinde ginge, nach wenigen Jahren so sehr mit „verfassungstreuen“ Elementen durchsetzt sein, daß sie sich von sozialistischen Reichsbanner nicht unterscheiden, und dann — man höre und staune! — würde das „Vertrauen des Volkes“ zu ihr wiederhergestellt sein. Nachher könnte man, so heißt es wirklich in der Auslassung des genannten Demokratenorgans, an den völligen Abbau der deutschen Wehrmacht denken; der Zeitpunkt

dafür hänge von der allgemeinen Abstraktion ab. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Nun gilt es aber für alle Kreise unseres Volkes, die noch ein bißchen politische Vernunft im Kopfe haben und nicht ganz vom Parteiteufel besessen sind, sich aufzuraffen und solchen antinationalen Tollheiten einen sicheren Riegel vorzuschieben durch ein unabweisbares Bekenntnis zur gründlichen Abkehr von politischen Parteien, die sich von so abwegigen Ideen beerrischen lassen. Wir leben jetzt mit erschreckender Klarheit, wobei eine Politik geführt hat, die sich bei ihrer Einleitung fälschlich auf die Unternehmung durch die radikale Linke einstellte und den natürlichen Weg nach rechts durch gefühlsmäßige Ermüdungen, durch Stimmungsmomente und Parteigoismus sich selbst verbaut. Wenn Große Koalition, Weimarer Koalition, gegenwärtige Koalition sich gleichmäßig als nicht tragbar erweisen, wenn auch ein Beamtenkabinett nichts mehr als einen dürftigen kurzfristigen Notbehelf in Aussicht stellen kann, dann, sollte man meinen, müßte der richtige Weg, der aus dem verflungenen Geirüpp zur gangbaren Straße führt, von den politischen Pfadfindern doch endlich entdeckt werden. Die Deutsche Volkspartei ist bereits auf der rechten Spur, wenn sie trotz der Ablehnung der Verhandlungen mit rechts durch Dr. Marx und das Zentrum, der sich natürlich auch die Demokraten freudig angeschlossen haben, ihren gegenteiligen Standpunkt unbeeinträchtigt vertritt. Daß ihr dabei die Völkische Volkspartei sekundiert, ist im Interesse einer Befestigung der Lage sehr zu begrüßen. An eine rasche Bildung der neuen Regierung ist unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken. Inzwischen wird das bisherige Kabinett, der traditionellen Gespinntheit entsprechend, die Geschäfte provisorisch weiterführen. Für die künftige Regierung dürfte wohl die größte Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, daß sie sich aus den Parteien der Rechten mit loser Angliederung des Zentrums zusammensetzen wird, ebenso wie es im Januar 1925 bei der Schaffung des ersten Ministeriums bisher gehalten wurde, als auch das Zentrum eine feste Bindung an die damalige Koalition ablehnte, um nicht alle Brücken nach links abzubauen. Ganz beiseite stehen wird das Zentrum auf keinen Fall, da es sein seit 1918 unbedingt festgehaltenes Prinzip ist, immer dabei zu sein.

249 gegen 171 Stimmen.

Berlin, 17. Dez. In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde nach einer Erklärung des Grafen Westarp, daß die Deutschnationalen für den Mißtrauensantrag stimmen würden, um eine Klärung der Regierungsfrage herbeizuführen, der sozialdemokratische Mißtrauensantrag mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen. Die Regierung ist damit gestürzt.

Amlich wird bekannt gegeben: Auf Grund der heutigen Abstimmung des Reichstages behält das Reichskabinett, dem Herr Reichspräsidenten noch heute seine Demission an überreichen, und beauftragte den Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung zu überbringen. Der Herr Reichspräsident nahm die Rücktrittserklärung entgegen. Er dankte dem Reichskanzler für seine und der Reichsminister bisherige Arbeit und beauftragte den Reichskanzler und die Mitglieder der Reichsregierung mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Der Reichskanzler erklärte sich namens des Kabinetts hierzu bereit.

Die entscheidende Reichstags-Sitzung.

(Fortsetzung des Berichtes aus dem Abendblatt.)
Herr Graf Reventlow (Mitt.) bespricht die Ergebnisse der Gerner Konferenz. Der Mißerfolg von Thoiry könne nicht dadurch verdeckt werden, daß man die Frage der Militärkontrolle als ganz außerordentlich wichtig hinstelle. Stresemann sei von Mißerfolg zu Mißerfolg geeilt. Vom Standpunkt des deutschen Volkes aus habe sich die Lage hinsichtlich der Militärkontrolle bedeutend verschlechtert. Die Kontrolle finde auch in Deutschland ein wohl vorbereitetes Spionagesystem vor, dessen sie sich nach Belieben bedienen könne. Die wirtschaftlichen Beziehungen erschöpfen nicht annähernd die Notwendigkeit guter Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Republik sei von Anfang an nicht kapital gewesen, sondern ein Produkt des internationalen Kapitalismus. Für die Völkischen stehe die Frage der Staatsform nicht an erster Stelle, aber sie bekämpften jede Staatsform, die sich als Trägerin des Kapitalismus darstelle. Der Kapitalismus sei nur durch eine grundtätige und grundlegende innere Umwälzung zu beseitigen. Der heutige deutsche Staat sei eine Kon-

Kolonie des Weltkapitalismus, aber keine Zukunftsmöglichkeit für das deutsche Volk.

Herr Dr. Scholz (D.Vp.) weist den Vorwurf der Monotonität des Abg. Müller-Franke gegen die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei entschieden zurück. Im interfraktionellen Ausschuss sei allerdings über die Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis gesprochen worden, ohne daß aber die Deutsche Volkspartei eine Bindung nach irgendeiner Seite eingegangen sei. Die allgemeine Haltung in diesem interfraktionellen Ausschuss war sogar die, daß nicht einmal — ich konnte das selbst, ohne Widerspruch zu finden, feststellen — eine Verpflichtung seitens der Regierungsparteien eingegangen wurde, in jedem Falle zuerst mit der Sozialdemokratie zu verhandeln. Auch seitens der Regierung ist eine andere Feststellung über ihre Absichten nicht erfolgt. Daher war für uns das Ergebnis: Keine Bindung, weder nach links noch nach rechts. Ich darf ferner den Abg. Müller selbst als Zeugen dafür anrufen, daß ich ihm loyalerweise unmittelbar nach meiner Rückkehr aus Thoiry davon Mitteilung gemacht habe mit der Bitte, diese Mitteilung an seine Fraktion weiterzugeben. (Abg. Müller nickt.) Wenn ich mich in Jüterburg skeptisch darüber geäußert habe, ob die Verhandlungen über die Große Koalition erfolgreich verlaufen würden, so ist das meinen Wählern gegenüber mein gutes Recht, das ich mit von niemand im Reichstag bestritten lasse. Endlich scheint mir auch die gestrige Rede Scheid-

An unsere Postbezieher!

Die Bestellung auf die
Dresdner Nachrichten

für Monat Januar 1927 wollen Sie sofort erledigen, damit keine Unterbrechung in der Zeitungszustellung im neuen Jahr eintritt.

Verlag der Dresdner Nachrichten